

## **Antrag**

**der Abgeordneten Ute Koczy, Volker Beck (Köln), Uwe Kekeritz, Thilo Hoppe, Dr. Gerhard Schick, Kerstin Andreae, Marieluise Beck (Bremen), Agnes Brugger, Viola von Cramon-Taubadel, Ingrid Hönlinger, Katja Keul, Memet Kilic, Tom Koenigs, Markus Kurth, Dr. Tobias Lindner, Kerstin Müller (Köln), Omid Nouripour, Lisa Paus, Claudia Roth (Augsburg), Manuel Sarrazin, Dr. Frithjof Schmidt, Hans-Christian Ströbele und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Transparenz im Rohstoffsektor – EU-Vorschläge umfassend umsetzen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Viele Länder des Südens verfügen über enorme Rohstoffvorkommen und damit über ein großes Entwicklungspotenzial. Die Öl-, Gas- und Mineralexporte des afrikanischen Kontinents beliefen sich im Jahr 2008 mit 393 Mrd. US-Dollar auf ein neunfaches der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Dennoch leben drei Viertel der armen Bevölkerung weltweit in rohstoffreichen Entwicklungsländern. Es gelingt Entwicklungsländern mit großen Rohstoffvorkommen selten, ihren Rohstoffreichtum zu nutzen und ihn in nachhaltige und breite Entwicklungsprozesse umzuwandeln. Intransparenz und Korruption im Rohstoffsektor tragen zu dieser Situation entscheidend bei.

Vor diesem Hintergrund begrüßt der Deutsche Bundestag die am 25. Oktober 2011 von der EU-Kommission vorgelegten Vorschläge für mehr Transparenz im Rohstoffsektor. Europäer und Europäerinnen haben das Recht zu erfahren, ob europäische Unternehmen im Rohstoffsektor weltweit fair und transparent agieren. Mit den überarbeiteten Transparenz- und Buchhaltungsrichtlinien werden im Rohstoff- und Forstsektor tätige Unternehmen dazu verpflichtet, ihre Zahlungen an die Regierungen der Länder, in denen sie Rohstoffe fördern, nach Ländern und Projekten aufgeschlüsselt offenzulegen. Die von der Kommission vorgelegten Richtlinienentwürfe orientieren sich an Artikel 1504 des US-amerikanischen Dodd-Frank-Acts. Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass die Vorschläge der Kommission in zwei Punkten über das amerikanische Gesetz hinausgehen: Erstens schlägt die Kommission neben der verpflichtenden Offenlegung für börsennotierte Unternehmen auch die Einbeziehung großer nichtbörsennotierter Unternehmen vor. Zweitens erstreckt sich der Geltungsbereich über die vom Dodd-Frank-Act adressierten Öl-, Gas- und Mineralien-sektoren auch auf den Forstsektor. Mit den Forderungen nach verpflichtender Offenlegung geht die Kommission einen richtigen und wichtigen Schritt. Transparenz ist eine entscheidende Voraussetzung für den Zugang zu Informationen und für Korruptionsbekämpfung im Rohstoffsektor. Nur wenn Zahlungsströme offengelegt werden, können die Einnahmen aus dem Rohstoffsektor für nachhaltige Entwicklungsprozesse genutzt werden.

Vor diesem Hintergrund sieht der Deutsche Bundestag die im Kommissionsentwurf vorgesehenen Ausnahmeregelungen kritisch. So müssen nach dem Vorschlag der Kommission Rohstoffunternehmen ihre Zahlungen nicht offenlegen, wenn eine solche Offenlegung im Land, in dem sie ihre Zahlungen leisten, verboten ist. Obwohl an diese Ausnahmen Voraussetzungen geknüpft werden, verwässert eine solche Ausnahmeregelung die Schlagkraft des Vorschlags. Denn das Potenzial der von der EU-Kommission vorgelegten Vorgaben ist enorm und sollte nicht verringert werden: Allein der Marktwert der Rohstoffunternehmen, die an den EU-Börsen notiert sind, beläuft sich auf knapp 1 Bio. Euro. Nach Schätzungen werden mindestens 200 börsennotierte und 400 große nicht-börsennotierte Unternehmen in Europa von den neuen Regelungen betroffen sein.

Während sich EU-Mitgliedstaaten wie Frankreich und Großbritannien auf europäischer Ebene für eine verpflichtende Offenlegung stark gemacht haben, ist die Bundesregierung in Brüssel bremsend aufgetreten. Doch gerade die Bundesregierung, die ihre Rohstoffversorgung über Lieferverträge und Rohstoffpartnerschaften mit rohstoffreichen Entwicklungs- und Schwellenländern sichern will, muss sich für Transparenz im Rohstoffsektor einsetzen. Freiwillige Maßnahmen, wie sie die Bundesregierung in ihrer im Oktober 2010 verabschiedeten Rohstoffstrategie nennt, reichen nicht aus. Sie werden den berechtigten Interessen rohstoffreicher Entwicklungsländer nicht gerecht. Die Zeit ist reif für umfassende verbindliche Maßnahmen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- die Kommissionsvorschläge zur verbindlichen Offenlegung auf EU-Ebene aktiv und vollumfänglich zu unterstützen und ihre Umsetzung auf EU-Ebene und auf nationaler Ebene zügig in die Wege zu leiten,
- sich im Verlauf des weiteren Verfahrens im Rat und im Austausch mit den europäischen Partnerstaaten dafür einzusetzen, dass die im Kommissionsvorschlag vorgesehenen Ausnahmeregelungen entfernt werden,
- sich für einen umfassenden Ansatz bei der Offenlegung einzusetzen und auf EU-Ebene und national die Offenlegung weiterer länderbezogener Referenzdaten zu verankern und zu prüfen, inwiefern der Geltungsbereich der Regelungen auch auf Unternehmen, die außerhalb des Rohstoffsektors agieren, angewendet werden kann,
- sich in internationalen Foren und im Austausch mit internationalen Partnerinnen und Partnern dafür einzusetzen, dass Regelungen wie Artikel 1504 des Dodd-Frank-Acts in den USA sowie die von der Kommission vorgelegten Vorschläge zur verbindlichen Offenlegung von weiteren Staaten verabschiedet werden und dadurch zur Schaffung eines globalen Standards für Transparenz im Rohstoffsektor beizutragen.

Berlin, den 17. Januar 2012

**Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion**

### **Begründung**

Eine verpflichtende projektbasierte Offenlegung ist ein wichtiger Schritt hin zu mehr Transparenz im Rohstoffsektor. Denn nur eine umfassende Veröffentlichung der Zahlungen auf Länder- und Projektebene ermöglicht es Parlamentarier und Parlamentarierinnen, der Zivilgesellschaft sowie den Bürgerinnen und

Bürgern rohstoffreicher Länder, ihre Regierungen zu kontrollieren und eine angemessene Beteiligung an den Einnahmen einzufordern. So gibt es zwar in vielen rohstoffreichen Entwicklungsländern Gesetze, die eine Beteiligung der Bevölkerung an den Einnahmen aus der Rohstoffförderung vorschreiben. Diese werden aber in der Regel nicht eingehalten. Durch eine Offenlegung der Zahlungen werden die Menschen vor Ort in die Lage versetzt, auf Basis der Informationen Rechenschaft über die Mittel einzufordern, die laut Gesetz in ihre Regionen zurückfließen müssten. Die projektbasierte Offenlegung stärkt darüber hinaus nationale Parlamente und die Zivilgesellschaft, da Unregelmäßigkeiten leichter aufgedeckt werden können. Auch die Erfüllung rechtlicher und steuerlicher Verpflichtungen der Unternehmen kann durch eine Offenlegung der geleisteten Zahlungen besser überwacht werden.

Der Weg für verpflichtende Offenlegung wurde durch wegweisende Initiativen wie der Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) und ihrem zivilgesellschaftlichen Konterpart Publish What You Pay (PWYP) geebnet. Die Weiterentwicklung dieser freiwilligen Maßnahmen hin zu verpflichtenden Regelungen ist ein entscheidender Schritt hin zu einem globalen Transparenzstandard im Rohstoffsektor. Eine umfassende EU-Regulierung würde nach der im Rahmen der US-Finanzreform eingeführten verpflichtenden Offenlegung in den USA ein wichtiges Signal an die G20-Mitglieder senden, mit entsprechenden Gesetzgebungen nachzuziehen. Darüber hinaus wäre eine umfassende Pflicht zur Offenlegung auf EU-Ebene ein Zeichen an rohstoffreiche Entwicklungsländer, dass die EU auf transparente Rohstoffbeziehungen setzt.

